



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

D. Red.: Die Regierung und die liberale Partei in Baden.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Mittel des Schreckens und der Strafe zu sein, weil es alle Aussicht hat, wenigstens zum großen Theil ein Land des Wohlstandes zu werden. Vielleicht hat die Vorsehung viele meiner Unglücksgefährten und der vaterlandslösen Polen dazu ausersehen, die Begründer einer besseren Zukunft Sibiriens zu werden. Als Pfänder einer günstigen Zukunft dieses Himmelsstrichs dienen jetzt schon drei Umstände: Dieses Land hat keine privilegierten Stände, sehr wenig Beamte, und ein Volk das sich selbst zu regieren versteht.

Die Regierung und die liberale Partei in Baden.

Die nationale Politik, welche Baden seit 1866 bewährt, hat diesem südlichen Grenzstaat deutschen Lebens die Sympathien aller deutschen Patrioten verschafft und mit der wärmsten Theilnahme, nicht ohne Sorge, haften die Blicke auf diesem Theile unseres Bodens. Gerade dort sind die Schwierigkeiten einer bundestreuen Regierung so groß, daß sie die stärkste Festigkeit und Besonnenheit der Regierenden, dazu ein ungewöhnliches Organisations-talent erfordern. So lange der Eintritt Badens in den großen deutschen Bund als nahe bevorstehend zu hoffen war, vermochte die Regierung leichter die Zumuthungen an ihre Staatsbürger zu steigern, sie durfte erwarten, in dem Zwang übermächtiger Thatfachen und in der Autorität des Bundes ihre Stützen zu finden und so mit den abgeneigten Elementen in der Bevölkerung, mit Ultramontanen, Großdeutschen und Radicalen, fertig zu werden. In dieser Hoffnung wurde durch das Ministerium Mathy Vieles für den Eintritt vorbereitet: die Steuerleistung des Landes ward gesteigert, und so die Militärorganisation des Bundes möglich gemacht, für jeden Kreis der Bundesinteressen wurden die Verhältnisse des Staates der Einordnung angepaßt. Der Tod Mathy's traf zusammen mit einer vorläufigen Entscheidung der süddeutschen Frage, welche gegen die höchst berechtigten Wünsche der badischen Regierung und der nationalen Deutschen ausfiel. Die Ausgabe des Ministeriums Jolly wurde dadurch noch schwieriger. Allein und ohne die Autorität des Bundes mußten Finanzen, Heerwesen und Verwaltung in bundestreuem Sinne fortgeführt werden, sollten Regierung und Volk die Lasten der Neuzeit tragen ohne die entsprechende Erhebung des nationalen Gefühls, des freien Verkehrs, der höchsten Staatsinteressen, welche die Ausdehnung des Bundes über den Süden gebracht hätte. Wir haben jeden Grund, dem neuen Ministerium die Hochachtung und Dankbarkeit der Nation auszusprechen für Festigkeit, Thatkraft und Energie, womit dasselbe die Geschäfte Badens geleitet. Ohne sich gegen das Ausland Blößen zu geben und ohne sich von den andern Südstaaten feindlich zu isoliren, hat das Ministerium Jolly die Militärverfassung durchgeführt, der innern Verwaltung Präcision und Disciplin gegeben, die in Baden nur zu lange fehlte und dabei der Landescultur, der Vermehrung des Wohlstandes, der Gerichtsorganisation und den Anfängen einer Selbstregierung der kleineren Volkskreise eine Aufmerksamkeit und Arbeitskraft zugewendet, welche in Süddeutschland fast unerhört sind. Es ist eine der wenigen Regierungen in Deutschland, welche den Beweis führt, daß man durchaus liberal und von

dem edelsten Patriotismus beseelt sein und doch dabei mit sicherer Hand die Zügel einer Staatsregierung leiten kann.

Ihr größter staatsmännischer Vorzug aber ist, daß sie stets verstanden hat, die wichtigste Frage, die des nationalen Anschlusses, obenan zu stellen. Der gegenwärtige Zustand des Staates ist ein provisorischer. Noch ist ein großer Krieg, welcher über die Zukunft des Südens entscheiden soll, nicht unmöglich, Vielen gilt er für nahe bevorstehend. Nach den Erfahrungen von 1866 war die erste Aufgabe, Zucht und Gehorsam in Heer und Beamtenthum durchzusetzen und die nächste zu verhüten, daß die confessionellen und politischen Parteien im Lande selbst durch ihre Zwistigkeiten die Regierung in neue Conflicte warfen, welche bei der eigenthümlichen Configuration des Landes für Baden stets gefährliche Lebensfragen geworden sind.

Bei dieser weisen Politik hatte die Regierung auf die schwächliche, aber geräuschvolle Feindseligkeit der Ultramontanen und Großdeutschen zu rechnen und auf die verständige und hingebende Unterstützung der nationalen Partei in Baden.

Denn die Führer dieser Partei, bisher unsere politischen Freunde, mußten am besten wie unsicher die Majorität war, welche sie gegenwärtig als Erwählte darstellten, wie kurz der Gesichtskreis, schwankend und wechselvoll die Stimmungen ihrer Wähler, und sie vermochten einzusehen, daß ihre beste Weisheit sein mußte, treu in allen großen Fragen zu der nationalen Gesinnung der Regierung zu stehen, und dafür auch berechnete innere Forderungen zurückzuschieben; gerade sie hatten die dankbare Aufgabe, vor dem übrigen Deutschland, welches sie im vorigen Jahre mit lauter Freude als Vorkämpfer der deutschen Sache begrüßt hatte, zu constatiren, daß auch im Süden zuverlässige politische Charaktere von großem Zuschnitt nicht fehlten. Aber während wir im Nordbunde solche Politik der Badenser als selbstverständlich annahmen, was thun dieselben Männer, die seit dem Jahre 1866 als Vertreter unserer Partei galten? Sie vereinigen sich zu Offenburg im vorigen Monat bei einer Zusammenkunft, die sie mit einigem Geheimniß umgeben, gegen ihre alten Parteigenossen in der Regierung zu Forderungen, welche einem Mißtrauensvotum gegen dieselbe und in Wahrheit einem Abfall von der nationalen Partei gleichkommen.

Dieser Verabredung folgen Zeitungsartikel, deren Spitze gegen das Ministerium gerichtet ist; in dem Lande wird von denselben Liberalen für Unzufriedenheit agitirt, die Steuerlast und Militärlast beklagt und der Verdacht gemurmelt, daß das Ministerium Solly ein Verbündeter der preussischen Reaction zu werden drohe. Endlich werden auch die offenburger Forderungen veröffentlicht, auf deren Erfüllung diese Herren jetzt bestehen müßten. Die Sache macht in Baden und außerhalb das größte Aufsehen, das Ministerium, von seinen eigenen Freunden bedroht, findet sich durch diesen plötzlichen Abfall veranlaßt, beim Großherzog die Entlassung einzureichen und nur der ausgesprochene Wille des Fürsten erhält dasselbe jetzt im Amte.

Und sieht man näher zu: welchen Grund haben die liberalen Vertreter des badischen Volkes zu solch' unerhörtem Verhalten? welche schwere Verschuldungen und welcher Abfall von liberalen Grundsätzen macht eine Auflehnung der Partei gegen ein Ministerium von ihrer eigenen Farbe erklärlich? Es ist absolut kein Grund vorhanden; die Unzufriedenen vermögen dem Ministerium keine einzige Maßnahme vorzuwerfen, welche entweder illiberal oder gegen die besten Interessen des Landes und der Nation sind. Ja im Gegentheil, so weit aus den Forderungen, welche sie selbst aufstellen, ihr eigener Standpunkt klar wird, muß sich der patriotische Unwille gegen sie selbst richten. Zwar mehre dieser Forderungen mögen an sich sehr be-

rechtigt sein und nur ihr Aufregen in diesem Momente unzeitig, sowie die Art und Weise sie geltend zu machen ungeschickt; andere aber, vor Allem die Forderung, daß das Militär-Budget jetzt verringert werde, sind gradezu ein Preisgeben der nationalen Sache und ein Rückfall in die alte elende Kleinstaatswirthschaft des Südens. Wahrlich, nicht Schule, nicht Kirche, nicht liberale Reden vermögen grade in Baden das alte leidige Bummelwesen so schnell zu bessern und den Männern aus dem Volke so sehr die Selbstverleugnung und Hingabe an den Staat einzulösen, wie die allgemeine Wehrpflicht und die als preussisch gescholtene Militärzucht. Und suchen wir die letzten Motive für diese plötzliche Ablösung von dem Ministerium, so vermögen wir wieder keine anderen zu erkennen, als kleine Verstimmung, verletzte Selbstliebe, nicht erfüllte persönliche Hoffnungen. Dann den Mangel jener Parteizucht, welche das erste Erforderniß jedes handelnden Politikers sein soll. Und endlich den Mangel an männlichem Muth, welcher große Ueberzeugungen auch gegen das Geräusch des Tages und die kleinbürgerliche Unzufriedenheit der Wähler aufrecht zu erhalten weiß.

Sind die Herren so kurzfristig, zu meinen, daß auf eine Abdication des Ministeriums Jolly ein Ministerium Lamey und Bluntschli folgen werde? Es gehört wenig Weisheit dazu, um zu verstehen daß nach solchem Fiasco und Zerwürfniß der nationalen Partei in Baden ein völliger Umsturz des Systems eintreten muß und daß entweder die großdeutsche Partei die Regierung übernehmen wird oder daß eine Krisis anderer Art über den Staat hereinbrechen mag, welche das selbständige Leben Badens noch tiefer schädiget. An dem unglücklichen Tage von Offenburg haben die Liberalen Badens sich ein Armuthszeugniß ausgestellt, welches von Niemandem mit größerer Freude gelesen wird, als von ihren pfäffischen und großdeutschen Gegnern. Und was wir nicht weniger schmerzlich empfinden: sie haben uns andere Deutsche um das Vertrauen ärmer gemacht, welches wir auf sie und ihre Thätigkeit für den Staat deutscher Zukunft setzten.

Es wird uns schwer zu glauben, daß Deutsche, deren Talent und Gesinnung mehr als einmal der deutschen Sache von Nutzen war, sich so ganz auf falschem Wege verlieren sollten. Sie werden leider schon jetzt schwer finden, den Schaden wieder gut zu machen, den sie angerichtet. Dem Ministerium Jolly aber, das nächst dem Großherzog gegenwärtig der letzte Vorkämpfer der nationalen Sache in Baden ist, möchte dies Blatt die achtungsvolle Bitte ans Herz legen, den Posten, auf den es durch ein großes Schicksal gestellt wurde, festzuhalten bis zum Aeußersten. Wie dann auch die Geschehnisse Badens sich gestalten, ihm wird der Ruhm bleiben, unter schlaffen verrätherischen Freunden und gegen eine Ueberzahl von Feinden die höchste Pflicht deutscher Patrioten erfüllt zu haben. Selten vermag der Lebende zu ermessen, wie die Nachwelt seine Ordenarbeit betrachten wird; wenn uns aber jemals ein solcher Blick in die Zukunft gestattet war, so ist es jetzt bei unserem Kampfe für den deutschen Staat. Und wir ahnen, daß die Nachwelt diesen Kampf für groß halten und die Männer, welche damals fest für die Einheitsidee standen, als die Gründer deutscher Freiheit und Größe betrachten wird.

D. Red.